



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 10. Mai 1887.

Nr. 214.

## Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 9. Mai.

Das Haus und die Tribünen sind spärlich besetzt.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär von Bötticher nebst Kommissarien.

Präsident v. Wedell-Biesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

### Tagesordnung:

1. Erste und event. zweite Berathung der Nachtragskonvention zur deutsch-rumänischen Handelskonvention vom 14. November 1877.

Nachdem auf Veranlassung des Abg. Siegle (natlib.) Kommissar zum Bundesrath Geh. Leg. Rath Huber die möglichst weitgehende Berücksichtigung der Interessen der deutschen Leder-Industrien zugesagt, bekämpft

Abg. Brömel (dfreis.) die Bestimmungen der Konvention in freihändlerischem Sinne, indem er derselben, welche eine friedliche Vereinbarung darstellen solle, den Charakter der Kriegserklärung vindicirt.

Abg. v. Kardorff (deutsche Reichsp.) erwidert dem Vorredner, daß, abgesehen von den in den Konventionen fixirten Positionen im Uebrigen die betreffenden Regierungen völlige Freiheit zur beliebigen Erhöhung anderweitiger Zölle behielten. Was die im preussischen Abgeordnetenhaus angeregte Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle anlangt, so möge der Vorredner erst abwarten, ob eine solche Vorlage eingebracht und durchgehen werde; er (Redner) erwarte das Heil für die Landwirtschaft lediglich von der Doppelwährung.

Abg. Dr. Barth (dfreis.) bezeichnet die angeführte Erhöhung der Getreidezölle als eine Bestrebung in rein kapitalistischem Interesse; er werde jede Gelegenheit, den wahren Charakter der landwirtschaftlichen Zölle ins rechte Licht zu setzen, mit Genugthuung begrüßen.

Abg. Brömel (dfreis.) tritt den Ausführungen des Abg. v. Kardorff entgegen, dessen Kampfesweise er als nicht ehrenhaft bezeichnet, worauf der Präsident dem Redner einen Ordnungsruf erteilt.

Abg. v. Kardorff (deutsche Reichsp.) bestreitet die Richtigkeit der Behauptung des Abg. Dr. Barth, daß die landwirtschaftlichen Zölle einem kapitalistischen Interesse dienen; wäre das der Fall, so würden die Herren von der Linken sicherlich für dieselben eintreten.

Abg. Dr. v. Frege (deutsche Reichsp.) hält zwar den Gegenstand der Tagesordnung, um den es sich zunächst handle, durchaus nicht für geeignet, eine Generaldebatte über Schutzzölle zu insceniren; trotzdem aber möge man die heftigen Provokationen von der Gegenseite, die hier vorgetragen kontroversen Ansichten nicht unentgegenwärtig zu lassen. Er wolle zunächst auf den Widerspruch aufmerksam machen, der zwischen den heutigen Auslassungen des Abg. Dr. Barth und den Ausführungen des Abg. Brömel, welche derselbe auf dem deutschen volkswirtschaftlichen Kongress vorgetragen, enthalten sei, denn der letztgenannte Herr habe dort gesagt, die Landwirthe verhielten sich bei ihren gesetzgeberischen Bestrebungen keineswegs aggressiv, sondern lediglich defensiv. Die Freihändler sollten doch durch den Umstand zum Nachdenken veranlaßt werden, daß unser Export seit Inaugurirung der neuen Wirtschaftspolitik erheblich gestiegen sei; es könne also von einem Attentat auf den Wohlstand des Volkes keine Rede sein. Alle derartigen Auslassungen, wie man sie bereits im Jahre 1879 zum Ueberdruß habe hören müssen, seien doch lediglich dazu angehen, schlecht unterrichtete Zeitungsleser irre zu führen, könnten indessen bei den Landwirthen, großen sowie kleinen, nicht auf den geringsten Eindruck rechnen. Die Herren von der Linken schienen darauf auszugehen, den Werth des Grundbesitzes noch mehr herabzudrücken. Die gegenwärtige Attitude seitens der Freihändler stelle sich ansehnend als ein Angstprodukt dar. (Heiterkeit.) Wenn man die deutsche Landwirtschaft, wenn man den deutschen Bauernstand produktionsfähig erhalten wolle, so möge man die geeigneten gesetzgeberischen Maßnahmen unterstützen. Die Landwirtschaft habe große Lasten zu tragen, allein sie wolle nicht einseitig billige Arbeitslöhne anstreben; sie wolle vielmehr produktionsfähig er-

halten bleiben, um möglichst viel Arbeitsgelegenheit und möglichst ausreichende Löhne gewähren zu können. Dieselbe lasse sich nicht von krassem Eigennutz leiten; sie stelle vielmehr auch die soziale Seite der Angelegenheit in den Vordergrund: sie wolle dem Arbeiter sein sicheres Brod zu garantiren in die Lage gesetzt werden. Von der Betreibung kapitalistischer Interessen könne also bei den gesetzgeberischen Bestrebungen der Vertreter der Landwirtschaft keine Rede sein. Diese Ausführungen habe er für nöthig gehalten, damit man überall erfahre, wo die wirklichen Freunde der Landwirtschaft stüßen; letzteres werde sich auch bei der definitiven Regelung der Kunstbutterfrage erweisen. (Bravo! rechts.)

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Brömel (dfreis.), welcher erklärt, daß er den Standpunkt seines Fraktionsgenossen Dr. Barth über die Bedeutung der landwirtschaftlichen Schutzzölle vollkommen theile, wird die Diskussion geschlossen und die Konvention sofort in der Spezialberatung unverändert in der Fassung der Vorlage genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzesentwurfs betr. den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen.

Die Kommission Berichterstatter Abg. Kalle, (natlib.) beantragt die Annahme der Vorlage mit einer Anzahl von Abänderungen.

§ 1 wird mit einem Amendement des Abg. Dr. Soeß (natlib.), nach welchem zur Herstellung von Metallteilen für Kinderfaßflaschen nur Metalllegirungen verwendet werden dürfen, die nicht mehr als 1 pCt. Blei enthalten, im Uebrigen in der Fassung der Kommission angenommen, nachdem auf eine bezügliche Anregung des Abg. Dr. Terer (Zentr.) Direktor im Reichsgesundheitsamt Geh. Rath Köhler die Erklärung abgegeben, daß die Gerichte darüber zu befinden haben würden, ob auch Beschläge von Bierkrügen unter die Bestimmung des § 1 fallen.

Während auf Grund eines Kompromisses zwischen dem Vorschlage der Kommission und einem Abänderungsantrage aus dem Hause unter Zustimmung des Staatssekretärs v. Bötticher der Termin für Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. Oktober 1888 anberaumt wurde, gelangen im Uebrigen, abgesehen von einer unerheblichen Aenderung, die Beschlüsse der Kommission zur Annahme.

Darauf wird die Vorlage betr. die Rechtsverhältnisse der kaiserlichen Beamten in den Schutzgebieten unverändert in zweiter Lesung genehmigt und auf Vorschlag des Abg. v. Malchahn-Gülz (Donn.) der Nachtragsetat betr. den Neubau des deutschen Botschaftsgebäudes in Paris an die Budgetkommission verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.  
Tagesordnung: Erste Berathung der Branntweinsteuervorlage.

## Landtags-Verhandlungen.

### Abgeordnetenhaus.

50. Plenarsitzung vom 9. Mai.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung am 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Am Ministertische: v. Puttkamer und Kommissarien.

### Tagesordnung:

Die zweite Berathung des Gesetzesentwurfs betreffend die Theilung von Kreisen in den Provinzen Posen und Westpreußen wird fortgesetzt.

Es folgt zunächst die Abstimmung über die Theilung des Kreises Pleschen in die Kreise Jarotschin und Pleschen.

Die Kommission will zu dem ersten Kreise mehrere Gemeinden des Kreises Schrimm, sowie die Stadtgemeinde und den Polizeidistrikt Zerkow vom Kreise Breschen legen.

Abg. v. Stabilewski hatte beantragt, Zerkow beim Kreise Breschen zu belassen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Im Uebrigen stimmt das Haus den Kommissions-Anträgen zu.

Ferner wird beschlossen, die Theilung des Kreises Schildberg in die Kreise Kempen und Schildberg.

Gegen die Theilung des Kreises Krotoschin in die Kreise Krotoschin und Koschin erhebt der Abg. v. Jagdzewski Widerspruch, weil die Hauptabsicht, wie man aus der künftigen Thei-

lung erhellen könne, dahin gehe, einen deutschen Kreistag zu schaffen. Ueberhaupt seien die Abstimmungen der Mehrheit des Hauses mit einer solchen Flüchtigkeit vorgenommen worden (Dro! rechts), daß man die Tragweite der beschlossenen Theilungen gar nicht übersehen könne.

Die Abgg. Dr. Wehr, v. Rauchhaupt und Horecht erheben gegen diesen Vorwurf Protest. Derselbe sei um so unbegründeter, als die Polen selbst in der Kommission sachliche Bedenken gegen diese Theilung nicht erhoben hätten.

Geheimrath v. Bitter bemerkt, daß der Widerspruch der Polen gegen die Bildung deutscher Kreistage gerade die Nothwendigkeit eines deutschen Gegengewichts gegen das polnische Element beweise.

Die Theilung des Kreises Krotoschin wird nach dem Kommissions-Antrage beschlossen; ebenso die Theilung des Kreises Kosten in die Kreise Kosten und Schmiegel.

Der Landkreis Posen soll nach der Regierungsvorlage in die Kreise Posen (N) und Posen (W) zerlegt werden. Die Kommission hat der Theilung zugestimmt, aber der Grenzlinie eine andere Lage gegeben; zwei Anträge des Abg. Graf Hue de Grais beabsichtigen eine präzisere Fassung der Kommissionsbeschlüsse.

Nach längerer Debatte werden die Vorschläge der Kommission mit den Amendements des Abg. Graf Hue de Grais angenommen, nachdem ein Abänderungsantrag des Abg. Seer, sowie ein Antrag des Abg. Czwalina, sämmtliche die Theilung des Landkreises Posen betreffende Anträge in die Kommission zurückzuverweisen, abgelehnt waren.

Genehmigt wird ferner die Theilung der Kreise Czarnikau und Gnesen, sowie die Neubildung des Kreises Znin.

Für die Provinz Westpreußen wird zunächst die Theilung des Landkreises Danzig vorgeschlagen, ohne Debatte wird diese Theilung, sowie die Neubildung des Kreises Dirschau vom Hause gutgeheißen.

Nach längerer Debatte wird die Theilung des Kreises Neustadt in Westpreußen, welche die Kommission mit 13 gegen 8 Stimmen gestrichen hatte, auch vom Hause abgelehnt, die Ablehnung erfolgt aber nur mit Stimmengleichheit (118 Stimmen dafür, 118 dagegen).

Die Neubildung des Kreises Briesen wird genehmigt, die Theilung von Schwes nach dem Kommissions-Antrage ohne Diskussion abgelehnt.

Die einzelnen Paragraphen des Kreistheilungsgesetzes werden ohne Debatte angenommen.

Die Petitionen, welche zu der Vorlage eingegangen sind, werden als durch die gefaßten Beschlüsse erledigt erklärt.

Das Gesetz betreffend die Fürsorge von Beamten in Folge von Betriebsunfällen wird ohne Diskussion nach den Kommissions-Vorschlägen angenommen.

Das Haus vertagt sich hierauf.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Kleinere Vorlagen und Petitionen.

Schluß 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 9. Mai. Die Böbelszenen, die sich in Paris bei der Aufführung des „Lohengrin“ abgepielt, haben mit der gerichtlichen Beurtheilung der Ruhestörer ihren Abschluß gefunden. Auch dieser Zwischenfall könnte damit als abgethan gelten, freilich ohne daß die politische Bedeutung desselben irgend welche Abschwächung erfahren hätte. In einer offiziellen Korrespondenz war in diesen Tagen zu lesen, daß die deutsche Politik Pariser Straßenkrawalle nicht in dem Rahmen ihrer Berechnungen gelten lasse. Man könne es höchstens bedauerlich finden, daß dem Janhagel das Recht zugesprochen würde, über Kunstfragen im Sinne einer politischen Tendenz zu Gericht zu sitzen. Das ist cum grano salis zu verstehen. Gewiß wird sich die deutsche Regierung in ihren Beziehungen zur französischen Republik nicht durch die Pöffe französischer Straßenpatrioten beirren lassen. Aber was sie nicht unbeachtet lassen kann und unbeachtet läßt — die Reden, welche Fürst Bismarck im Reichs-

tage bei den Debatten über die Militärvorlage gehalten hat, können als Beweis für diese Thatsache angesehen werden — ist der Umstand, daß sich neben und über der eigentlichen Regierung ein Volkshaufen, ohne jede Verantwortlichkeit und in seinen Entschlüssen unberechenbar, als eine Art von Areopag in Fragen der auswärtigen Politik aufgethan hat. Von hier aus waren die wüsten Böbelszenen angestiftet, die zur Beschimpfung des Königs von Spanien auf offener Straße führten. Sie haben der französischen Regierung eine Demüthigung bereitet, die allein schon für dieselbe Veranlassung genug hätte sein müssen, um der verstockten Böbelschicht durch energische Maßnahmen ein Ende zu bereiten. Wie sich jetzt gezeigt hat, hat indessen die Entwicklung der französischen Verhältnisse zur Böbediktatur wieder einige Fortschritte aufzuweisen. Die Regierung hat sich zwar noch stark genug gezeigt, die Schuldigen zur Bestrafung heranzuziehen und bei den Ausschreitungen selbst eine Beschimpfung der deutschen Botschaft zu verhindern. Aber sie hat doch zugleich ein Verbot der Wiederholung der Aufführungen erlassen, ein Schritt, der in den Reihen der Tumultuanten gewiß nicht als ein Sieg der Regierung ausgelegt werden wird. Die deutsche Regierung wird der Entwicklung der Dinge jenseits der Vogesen mit Gelassenheit entgegensehen können. Gassenjungenstreiche berühren uns nicht, gegen ernsthafte Bedrohungen aber wird die eben so besonnene wie energische Leitung unserer auswärtigen Politik im gegebenen Augenblicke die nöthigen Mittel zur erfolgreichen Abwehr zu ergreifen wissen. Inzwischen scheint sich aber auch in Frankreich die Erkenntniß Bahn zu brechen, daß es ohne ernstliche Gefahren für die französische Republik auf dem bisherigen Wege nicht weiter gehen kann. Der „Temps“ weist in einem beachtenswerthen Artikel auf die Folgen hin, die aus der Thatsache, daß in Paris eine Bande von Ruhestörern herrscht, entspringen können. Er hebt hervor, daß der für Frankreich so folgenschwere Krieg von 1870 in Wahrheit auch nur von einer Bande von Straßenlummeln inscenirt sei und beklagt, daß die Regierung sich ohnmächtig gezeigt, einer Ermächtigung, die sie freiwillig einem Theaterdirektor erteilt, Achtung zu verschaffen. Soll auch diese besonnene Mahnung eine Stimme des Rufers in der Wüste bleiben?

Die Publizirung des Urtheils im Petersburger Nihilisten-Prozess hat am Mittwoch stattgefunden. Wie man dem „B. Z.“ aus Petersburg schreibt, ist vorläufig vom Zaren nichts an dem vom Gericht gefällten Urtheil geändert; es wird mit ziemlicher Bestimmtheit erklärt, der Zar habe geäußert, er werde kein einziges der sieben Todesurtheile bestätigen, sondern dieselben durchweg in entsprechende Zwangsarbeit verwandeln. Man will ferner wissen, daß die Veröffentlichung dieses Gnadenaktes für den 18. Mai, den Geburtstag des Thronfolgers, oder aber den 27. Mai, den Krönungstag, in Aussicht genommen sei. Da zwei Kosaken unter den Berurtheilten sind, dürfte die Begnadigung wohl am 18. Mai erfolgen, an welchem Tage befanntlich der junge Thronfolger in Nowotzherkauf den Schwur als „Hetman aller Kosaken“ ablegen soll.

In Portugal scheinen recht erbauliche parlamentarische Umgangsformen gang und gäbe zu sein. Wie man dem „B. Z.“ aus Madrid befehrt, überlegte der portugiesische Deputirte Ferrelra den Marineminister Begiovano, worauf dieser den Excecenten durch den Hafenkapitän verhaften und auf einem Kriegsschiffe detiniren ließ. In den Cortes herrscht in Folge dessen große Aufregung.

## Ausland.

Wien, 9. Mai. Von dem in Höhe von 52 Millionen im Februar durch die Delegationen bewilligten Extrakredit für militärische Zwecke soll, wenn die allgemeine Lage bleibt, wie sie sich gegenwärtig anläßt, nicht einmal die Hälfte ausgegeben werden.

Aus der Bukowina werden riesige Waldbrände gemeldet.

Gestern wurden in Prag deutsche Studenten bei einer Erkneipe nach der Umlandfeier von czechischen Böbelscharen thätlich bedroht. Der schleunige Rückzug in das Lokal und die Sperre des Thores verhinderten einen ersten Ueberfall. Die Czech-





